

1 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beraten und beschließen:

2 Für einen zukunftsfähigen Sozialstaat

3 Die Sozialdemokratie versteht sich seit langer Zeit als Hüterin des Sozialstaats, an dessen
4 Ausbau sie maßgeblich beteiligt war. Ein umfassender Sozialstaat ermöglicht
5 gesellschaftliche Teilhabe, Chancengerechtigkeit und bietet Schutz vor Armut und
6 Ausgrenzung und ist Grundlage unserer Demokratie.

7

8 Die Kritik am Sozialstaat ist so alt wie dieser selbst und bezieht sich - gerade heute - vor
9 allem auf die durch ihn hervorgerufenen finanziellen Belastungen: Parallel zur Expansion
10 des Sozialstaats haben sich die Sozialabgaben drastisch erhöht, im Laufe der letzten 50
11 Jahre von 24 auf heute nahezu 40 Prozent. Die demografische Entwicklung führt zu einem
12 sinkenden Anteil der Erwerbspersonen an der Gesamtbevölkerung. Die Folge ist eine
13 steigende Belastung des Faktors Arbeit, welche die Kosten der Erwerbsarbeit steigen lassen
14 und die Schaffung von Arbeitsplätzen behindert, insbesondere in Branchen mit niedrigen
15 qualifikatorischen Anforderungen, u.a. im zukunftsträchtigen Bereich der
16 personenbezogenen Dienstleistungen.

17

18 Diese Tatsache wird nur allzu oft zum Anlass genommen, um die Existenz eines
19 Sozialstaates auf hohem Niveau grundsätzlich infrage zu stellen. Im Wissen um dessen
20 Unverzichtbarkeit für die Gesellschaft muss die SPD in diesem Diskurs eine Position
21 einnehmen, die soziale Grundrechte garantiert und gleichzeitig das Problem der
22 Finanzierung löst.

23

24 Ein neuer Ansatz für die Sozialdemokratie

25 Die SPD befindet sich in einer tiefen Krise. Nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik
26 hat sie einen geringeren Wähleranteil auf sich vereinen können als bei der Bundestagswahl
27 2009. Mögen die Gründe dafür vielfältig sein, so ist ein in der Wählerschaft
28 wahrgenommener Kompetenzverfall im sozialdemokratischen Kernthema der sozialen
29 Gerechtigkeit nicht zu leugnen. Nicht alle den Sozialstaat betreffenden Reformen der
30 vergangenen elf Jahre waren falsch, und so kann ein Zurück zum Stand von 1998 nicht die
31 Lösung sein. Vielmehr muss es darum gehen, neues Vertrauen zu gewinnen durch neue

32 Konzepte, mit denen wir den Herausforderungen unserer Zeit begegnen können. Die
33 Sozialdemokratie muss neue Wege gehen.

34

35 **Deshalb fordern die Jusos Hamburg:**

36 Um den Sozialstaat in seinem umfassenden Charakter zu erhalten, seine Finanzierung
37 sicherzustellen und den Faktor Arbeit zu entlasten, fordern die Jusos Hamburg die
38 Umgestaltung der sozialen Sicherungssysteme in eine Bürgersozialversicherung. Die
39 Beiträge zur Bürgersozialversicherung folgen dem Prinzip der Leistungsfähigkeit: Starke
40 Schultern tragen mehr als schwache. Im Bedarfsfall erhält der Bürger eigentumsrechtlich
41 garantierte Zahlungen. Sie löst die Sicherung jedoch weitgehend von der Erwerbsarbeit,
42 wodurch der Faktor Arbeit von Sozialversicherungsbeiträgen entlastet wird. Die
43 Finanzierung erfolgt zwar ebenfalls über zweckgebundene Beitragszahlungen, jedoch
44 werden diese auf sämtliche Einkommen ausgeweitet. Hierdurch wird der Sozialstaat auf
45 eine deutlich breitere – und gerechtere – Einnahmebasis gestellt, da somit auch
46 Selbständige und Beamte zu seiner Finanzierung beitragen, als auch Einkommen
47 herangezogen werden, welche nicht aus Erwerbsarbeit resultieren, wie bspw. solche aus
48 Kapitalerträgen oder Mieten. Die Beitragsbemessungsgrenze wird abgeschafft, wodurch
49 Besserverdienende entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit in die solidarische
50 Finanzierungsgemeinschaft aufgenommen werden.

51 Die Bürgersozialversicherung vereint den Großteil der Geldleistungen des Sozialstaats:
52 Renten, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Erziehungsgeld (Elterngeld), Ausbildungsgeld und
53 statt des ALG II eine erwerbsunabhängige Garantie einer Grundsicherung. Während
54 Kindergeld, Ausbildungsgeld und die Grundsicherung in universeller Höhe ausgezahlt
55 werden, sind Renten, Arbeitslosengeld und Erziehungsgeld (Elterngeld) beitragsabhängig.
56 Die Höhe der universellen Leistungen ist so hoch anzusetzen, dass sie ein
57 menschenwürdiges Leben mit angemessener gesellschaftlicher Teilhabe ermöglicht. Neben
58 der Integration der Leistungen in ein System liegt eine weitere Neuerung in der Einführung
59 des Prinzips von Grundbetrag und Maximalbetrag: Bei den beitragsäquivalenten
60 Geldleistungen hat jeder Bürger Anspruch auf einen Mindestbetrag, der in seiner Höhe den
61 universellen Geldleistungen entspricht. Durch Beitragszahlungen kann dieser Anspruch
62 (nach einer noch zu definierenden Formel) erhöht, maximal jedoch verdoppelt werden.

63

64 Die paritätische Finanzierung zwischen Arbeitnehmern und –gebern bleibt bestehen.
65 Einkommen, die nicht aus abhängiger Erwerbstätigkeit resultieren, werden mit dem
66 Arbeitnehmersatz belastet.

67

68

69 **Begründung:**

70 Angesichts des enormen Kostendrucks, der auf der Sozialversicherung lastet, ist ein neues
71 Konzept für einen nachhaltig finanzierbaren Sozialstaat dringend notwendig. Wenn die
72 Antwort nicht schlichte Leistungskürzungen auf Kosten der Benachteiligten dieser
73 Gesellschaft sein soll, muss sich die SPD an die Spitze einer solchen Bewegung setzen. Die
74 derzeitige Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme bedeutet sowohl ein finanzielles
75 wie auch ein moralisches Problem: Ausgerechnet meist bessergestellte
76 Einkommensgruppen beteiligen sich zu einem (gemessen an ihrem Einkommen) geringeren
77 Anteil an der Finanzierung des Sozialstaats als Durchschnitts- und Geringverdiener. Die
78 Bürgersozialversicherung bringt eine Reihe vorteilhafter Veränderungen für die Menschen,
79 für die Wirtschaft und die Gesellschaft als Ganzes. Durch die Integration aller Einwohner
80 (vor allem Einkommen) in die Finanzierung der Sozialversicherung und die Abschaffung der
81 Beitragsbemessungsgrenze wird deren Einnahmehasis deutlich erweitert. Der Gedanke der
82 Solidarität in der Finanzierung der Sozialversicherung wird ausgeweitet auf die gesamte
83 Gesellschaft, anstatt bei den abhängig Beschäftigten zu verharren. Dies entspricht einem
84 neuen, weitergehenden Verständnis des Sozialstaatsprinzips. Durch die Einführung von
85 Maximalbeträgen wird gleichzeitig die Ausgabenseite entlastet. Steigende Einnahmen und
86 sinkende Ausgaben ermöglichen geringere Sozialbeitragsätze und führen zu einer
87 Vergünstigung des Faktors Arbeit. Eine gemeinsame Untergrenze bei der Höhe sämtlicher
88 Geldleistungen garantiert jedem Einwohner, dass er in jeder Lebenssituation mit einem
89 akzeptablen Mindesteinkommen rechnen kann. Die Bürgersozialversicherung vereint die
90 Stärken verschiedener Reformvorschläge in einem zukunftsfähigen Konzept und ist damit
91 anderen Vorschlägen wie Grundeinkommen und Bürgergeld überlegen, insbesondere weil
92 sie die Prinzipien der Leistungsgerechtigkeit und Bedarfsorientierung beibehält. Der
93 einfache Aufbau führt zu Transparenz und ermöglicht den Abbau von Bürokratie. Über die
94 breitere Finanzierungsbasis führt sie zu einer gerechteren Lastenverteilung und sichert so
95 die Akzeptanz der Errungenschaft Sozialversicherung. Die Bürgersozialversicherung tilgt
96 somit die Schwächen von Grundeinkommen und Sozialversicherung und vereinigt ihre
97 Stärken in einem zukunftsfähigen Konzept.

98

99 **Weiterzuleiten an den Landesparteitag der SPD Hamburg.**